Berichtsvorlage
PA/088/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Personal- und Organisationsausschuss	21.10.2025	öffentlich	Bericht

Betreff:

Bericht über die Reform des Beurteilungswesens der städtischen Beamtinnen und Beamten (ohne Lehrerinnen und Lehrer)

Anlagen:
Bericht
CSU-Antrag_Verkürzung des Beurteilungszeitraums für Beamtinnen und Beamte

Bericht:

Mit der Reform des Beurteilungswesens setzt die Stadt Nürnberg die von zahlreichen Rückmeldungen aus den Geschäftsbereichen und Dienststellen sowie von Beamtinnen und Beamten wiederholt geäußerten Wünsche nach mehr Transparenz, höherer Vergleichbarkeit und einer Beschleunigung des Beurteilungsverfahrens konsequent um.

Künftig wird eine fünfstufige Skala mit einem abschließenden Gesamturteil angewendet, ergänzt um zwölf Beurteilungsmerkmale – bei Führungskräften sind es 15. Eine Orientierungshilfe soll eine Vergleichbarkeit der Beurteilungen sicherstellen. Die Verantwortung liegt künftig stärker bei den Geschäftsbereichen, während die Beurteilungskommissionen mit dem Personalamt entfallen.

Das neue Beurteilungswesen wurde in einer Arbeitsgruppe erarbeitet, der neben Vertreterinnen und Vertretern des Personalamtes auch der Gesamtpersonalrat, die Gesamtschwerbehindertenvertretung sowie das Direktorium Bürgerservice, Digitales und Recht angehörten. Mit Schreiben vom 21. August 2025 hat zudem das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration eine Ausnahmegenehmigung nach Art. 65 in Verbindung mit Art. 59 LlbG erteilt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐